

ver.di

vau

UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

21.08.2020

Hauptstadtzulage – jetzt Wort halten!

In den letzten Tagen haben verschiedene Medienberichte zur Hauptstadtzulage Unruhe ausgelöst, da die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) der Zahlung einer Hauptstadtzulage für Tarifbeschäftigte nicht bzw. noch nicht zugestimmt hat. In der anschließend häufig leider verkürzten Diskussion wurde der Eindruck vermittelt, dass damit die Hauptstadtzulage grundsätzlich „vom Tisch“ sei. Das ist aber nicht der Fall. Die politischen Aussagen zur Situation sind noch spärlich. Die SPD machte bereits unmittelbar deutlich, dass sie in jedem Fall an den Planungen festhalten will. Die Koalitionspartner Linke und Grünen haben sich noch nicht klar positioniert.

Ver.di erwartet nun klare politische Bekenntnisse, Handlungsoptionen und selbstverständlich das Einhalten der gemachten Versprechen. Alles andere wäre ein schwerer Vertrauensbruch und damit eine nicht wiedergutzumachende Belastung der Loyalität der Beschäftigten im öffentlichen Dienst Berlin.

ver.di Berlin-Brandenburg hat hierzu gestern eine Presseerklärung herausgegeben, die wir Ihnen nachstehend im Wesentlichen wiedergeben:

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft begrüßt die vom Berliner Senat geplante Berlinzulage und bleibt hinsichtlich der konkreten Umsetzung weiter Gesprächsbereit. „Der Senat hat mit der geplanten Hauptstadtzulage anerkannt, dass es dringlich ist, die Bezahlung der Landesbeschäftigten zu verbessern“, erklärte ver.di-Landesbezirksleiter Frank Wolf am Donnerstag in Berlin. „Auch die Option, die Zulage mit einem ÖPNV Monatsticket zu verbinden, ist zeitgemäß.“

ver.di hatte bereits zum Start der Diskussion um die Berlinzulage angeboten, tarifliche Lösungen für das Vorhaben zu suchen. So könne man entweder einen speziellen Tarifvertrag abschließen oder die Zulage im Rahmen des gültigen Tarifvertrages umsetzen – beispielsweise durch die vorgezogene Gewährung von Stufenerhöhungen und dort möglichen Zulagen. ver.di ist weiter Gesprächsbereit, einen Weg aus der schwierigen Situation zu finden, in die sich der Senat gegenüber der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) begeben hat. Presseberichten zufolge lehnt die TdL das Vorhaben bislang ab. Doch die

bereits beschlossene gesetzliche Regelung für die Beamtinnen und Beamten zurückzuziehen hätte einen „Vertrauensverlust mit langfristigen Auswirkungen“ zur Folge, gibt Wolf zu bedenken. „Die Berlinzulage wäre ein Baustein, den öffentlichen Dienst in Berlin attraktiver zu machen, diese Chance sollte nicht vergeben werden“, unterstreicht der ver.di-Landesbezirksleiter.

Die ver.di-Fachkommission Steuer wird das Thema aus der Sicht der Finanzämter weiterverfolgen und bei den politischen Entscheidungsträgern die Umsetzung einfordern, denn „die Kolleginnen und Kollegen haben es sich verdient“ so Jörg Bewersdorf. „Alles andere wäre anlässlich der jahrelangen Unteralimentierung der Berliner Beamtinnen und Beamten ein politisches Desaster“ bewertet Eric Lausch die Lage und fordert die Koalition zu einheitlichem Handeln auf.

Eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Bezirksverwaltung Berlin, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin, Verantwortlich für den Inhalt: Andreas Stoll, andreas.stoll@verdi.de